

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Pkw-Vignette - für eine faire Straßenfinanzierung

**Beschluss des
Parteitags der Christlich-Sozialen Union
am 7./8. Oktober 2011 in Nürnberg**

76. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	2011
Antrag-Nr. Pkw-Vignette - für eine faire Straßenfinanzierung	Beschluss: <input checked="" type="radio"/> Zustimmung <input type="radio"/> Ablehnung <input type="radio"/> Überweisung <input type="radio"/> Änderung
Antragsteller: Parteivorstand	

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU fordert die Einführung einer Pkw-Vignette auf den Bundeautobahnen. Eine solche Gebühr dient der gerechten Anlastung der Wegekosten und auch der Heranziehung ausländischer Verkehrsteilnehmer zur Finanzierung deutscher Verkehrswege. Die Mehreinnahmen dürfen keinesfalls zu einer Absenkung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau im Stammhaushalt des Bundesverkehrsministeriums führen. Sie sind zweckgebunden für Projekte des Bundesstraßenbaus und des Bundesautobahnbaus zu verwenden. Für die deutschen Autofahrer werden Kompensationen vorgesehen.

Begründung: Deutschland ist ein führender Wirtschaftsstandort in der Welt, Bayern der führende Wirtschaftsstandort in Deutschland. Im internationalen Wettbewerb um Aufträge und Arbeitsplätze hat unser Land viele Standortvorteile. Einer davon ist die exzellente Infrastruktur. Dazu zählt in besonderer Weise das gut ausgebaute Straßen- und Schienennetz. Unsere weit verzweigten Verkehrsadern sorgen dafür, dass der Wirtschaftskreislauf bei uns besser funktioniert als andernorts auf der Welt.

Diesen Standortvorteil dürfen wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir müssen uns vielmehr vergegenwärtigen, dass Investitionen in unser Straßennetz Investitionen für Wohlstand und Arbeitsplätze sind. Es ist deshalb ein nicht länger hinnehmbarer Zustand, dass der Haushalt für Bundesfernstraßen seit Jahren unterfinanziert ist. Im Bundesfernstraßenbau besteht ein Finanzbedarf von mehr als acht Milliarden Euro jährlich. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes sieht für den Bundesfernstraßenhaushalt ab 2012 jährlich 5,9 Milliarden Euro vor. Es klafft also eine Finanzierungslücke von über zwei Milliarden Euro.

Es ist für unser Land deshalb unerlässlich, diesen Investitionsstau so schnell wie möglich aufzulösen. Um unser Straßennetz solide zu finanzieren, tritt die CSU für eine nutzerbezogene Lösung ein. Wer unsere Autobahnen nutzt, soll dafür einen finanziellen Beitrag leisten. Die so erzielten Einnahmen müssen einer Zweckbindung unterliegen. Sie dürfen ausschließlich in den Erhalt und Ausbau unseres Verkehrsnetzes fließen.

Zugleich sorgt die Maut für mehr Fairness bei der Finanzierung unserer Straßen. Momentan müssen deutsche Autofahrer in fast all unseren Nachbarländern ihren Beitrag für ein intaktes Straßennetz leisten, umgekehrt ist dies aber nicht der Fall. Kaum ein Industrieland in Europa stellt seine Straßen gebührenfrei jedem Autofahrer, gleich ob einheimisch oder ausländisch, zur Verfügung – mit Ausnahme des größten europäischen Transitlandes Deutschland. Es ist daher ein Gebot der Fairness, dass sich ausländische Autofahrer künftig in Deutschland an den bei uns entstehenden Kosten beteiligen.

Zur Fairness gehört es auch, dass deutsche Autofahrer, die sich bereits mit ihren Steuern an der Finanzierung unseres Verkehrsnetzes beteiligen, an anderer Stelle eine Kompensation erfahren.